

PLENUM AKTUELL

23. – 25. August 2011
Themen und Positionen
SPD-Landtagsfraktion



Schönreden in der Bildungspolitik!

CDU/FDP:

Auch in diesem Jahr nutzte die Kultusministerin die erste Plenarsitzung nach den Ferien, um ihre eigene Bildungspolitik über den grünen Klee zu loben und die Situation in den Schulen als rosig darzustellen. „G 8“ sei wunderbar und kein Problem in den Schulen. Laut Kultusministerin Henzler ist die Lehrerversorgung zu 100% erfüllt und Hessen führend bei Ganztagschulen, wobei sie auch die Schulen mit „Pädagogischer Mittagsbetreuung“ mitzählt. Ohne diese gibt es aber nur 8% echte Ganztagschulen und damit liegt Hessen weit unter dem Bundesdurchschnitt.

SPD:

Die SPD nutzte die Gelegenheit, die Ministerin an ihr Versprechen einer 105%-igen Lehrerversorgung zu erinnern, von der wir noch weit entfernt sind. Im Gegenteil: Es wurden 37 Mio. € für Vertretungsmittel und über 1.000 Referendariatstellen gestrichen und damit der Lehrernachwuchs unverantwortlich eingeschränkt. Verschwiegen wurde von der Ministerin, wie es mit der beabsichtigten Schließung von Schulämtern weitergeht und wie die erneuten Kürzungen im Bildungsbudget von 68 Mio. € „umgesetzt“ werden sollen.

Die SPD kritisiert, dass es nach wie vor zu viele Schulabbrecher gibt und hierzu keine ernsthaften Konzepte vorliegen. Wir fordern, dieses gesellschaftliche Problem dringend anzugehen, da junge Menschen ohne Schulabschluss keine Perspektiven haben und ihren Lebensunterhalt nicht selbst werden bestreiten können.

Gerichtsschließungen ohne Sinn und Verstand!

CDU / FDP:

Die Landesregierung beabsichtigt, weitere **fünf** Amts- und **fünf** Arbeitsgerichte in der Fläche zu schließen. Sie setzt diese Planungen Schritt für Schritt um - es wurden bereits Umbauten bei den „aufnehmenden“ Gerichten durchgeführt - obwohl der Hess. Landtag noch nicht zugestimmt hat.

Im Gegenteil: Die Anhörung zu diesem Gesetzentwurf hat ergeben, dass die Schließungen kontraproduktiv wären und keinerlei Kosten eingespart würden.

Justizminister Hahn will durch Schließung von zehn Gerichten jährlich 2,2 Mio. Euro einsparen. Deshalb sollen Anfang 2012 die Amtsgerichte Bad Arolsen, Rotenburg an der Fulda, Nidda, Schlüchtern und Usingen geschlossen werden. Die Außenstellen in Eltville und Lauterbach werden ebenfalls aufgelöst. In Bad Hersfeld, Marburg, Wetzlar, Limburg und Hanau soll es künftig keine Arbeitsgerichte mehr geben.

Die Landesregierung knüpft damit an die

SPD:

Als bürger-, arbeitnehmer- und frauenfeindlich bezeichnet die SPD die erneuten Gerichtsschließungen. Die Anzuhörenden haben der Landesregierung ein vernichtendes Urteil zu den beabsichtigten Schließungen der Arbeits- und Amtsgerichte ausgestellt.

Die angeblichen Kosteneinsparungen konnten vom Justizminister nicht belegt werden. Dagegen sahen Fachleute sogar höhere Kosten auf die Landesregierung zukommen, da viele der zu schließenden Gerichtsgebäude unter Denkmalschutz stehen. Damit ist sowohl eine Vermietung als auch eine Veräußerung nur schwerlich möglich. Dies belegen im Übrigen auch die Erfahrungen aus der letzten Schließungsaktion, wo Gebäude viele Jahre leer standen, vom Land unterhalten wurden und schließlich für einen Euro verkauft werden mussten.

Darüber hinaus gab es berechtigte Kritik, dass man wieder an der falschen Ecke ansetze. Kleine Gerichte arbeiten nachweis-

<p>unsägliche „Operation düstere Zukunft“ an, bei der in 2005 zahlreiche Behördenstandorte wie auch kleinere Amtsgerichte insbesondere in Nordhessen geschlossen wurden.</p> <p>Den immer wieder kritisierten Umgang des Hessischen Immobilienmanagement (HI) mit den Ämtern und Behörden ignoriert die Landesregierung. Die Ineffektivität des HI, die einmal mehr von den Anzuhörenden plastisch vorgetragen wurde, wird stoisch zur Kenntnis genommen, ohne dass Änderungen zu erwarten sind.</p> <p>Auf die Kritik von Seiten der kommunalen Vertreter, dass die Schließungen die Attraktivität der Gerichtsstandorte schmälere und somit auch strukturpolitische Aspekte in die Entscheidungen einfließen müssten, wurde ebenso nicht reagiert.</p>	<p>lich effektiv, bürgernah und verursachen daher weniger Fahrtkosten. Die Gerichtsschließungen führen nach Expertenansicht zu weiteren Wegen für Richter und Beschäftigte und damit zu höheren Reisekosten, zudem seien sie zeitaufwändiger.</p> <p>Die SPD sieht damit die Justiz in der Fläche schwinden und kritisiert die Kostenverlagerung auf die Rechtssuchenden, die nunmehr weitere Wege auf sich nehmen müssten.</p> <p>Der Umgang mit dem Personal, insbesondere mit den Teilzeitbeschäftigten (und hier trifft es überwiegend die Frauen), ist für uns ebenso inakzeptabel. Halbtagskräfte müssen nun weite Fahrwege in Kauf nehmen, was oftmals aus Zeit- und Kostengründen nicht möglich sein wird.</p>
----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Sonntagsarbeit für alle?

<p>CDU / FDP:</p> <p>Ein aktueller Verordnungsentwurf der Landesregierung sieht vor, die Sonn- und Feiertagsarbeit erneut auszuweiten.</p> <p>Gemäß der geplanten Bedarfsgewerbeordnung soll die Sonntagsarbeit auf weitere Branchen ausgeweitet werden.</p> <p>Dieses Vorgehen wird u.a. auch von Kirchen, Gewerkschaften sowie der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft scharf verurteilt.</p>	<p>SPD:</p> <p>Die SPD kritisiert, dass die im Gesetz vorgesehene Begrenzung auf vier Sonntage im Jahr durch die neue Verordnung konterkariert wird. Wir fordern, die Sonntagsarbeit auf das unbedingt Notwendige zu beschränken.</p> <p>Die generelle Freigabe der Beschäftigung an Sonn- und Feiertagen für Gewerbebranchen wie z.B. Buchmacher, Immobilienmakler, Videotheken, Telehandel oder bei Brauereien bzw. Getränke- und Speiseherstellern findet nicht unsere Unterstützung.</p>
-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Fachkräftemangel in der Altenpflege

<p>Bereits im Frühjahr 2011 hatte die SPD im Hessischen Landtag vergeblich zusätzliche Ausbildungsplätze in der Altenpflege gefordert. Ca. 200 unbesetzte Stellen für Altenpflegerinnen und Altenpfleger sind inzwischen zu beklagen und ca. 2.000 Fachkräfte werden derzeit gesucht.</p> <p>Die Landesregierung schreibt sich jetzt die Schaffung 500 neuer Stellen auf die Fahnen. Von diesen zahlt das Land aber nur die Hälfte, die andere Hälfte übernimmt die Agentur für Arbeit.</p> <p>Doch nun soll ein Teil der vom Land finanzierten neuen Plätze auch noch durch Kürzungen des Schulgelds finanziert werden. Das sehen wir als unverantwortlich an und kritisieren scharf, dass die Landesregierung die Altenpflegeschulen mit einem Großteil der Personal- und Raumkosten allein lässt.</p> <p>Fakt ist, dass wir in Zukunft eine stetig wachsende Anzahl gut ausgebildeter und motivierter Altenpflegerinnen und Altenpfleger benötigen werden. Um dieses Ziel zu erreichen, sind räumlich und personell gut ausgestattete Altenpflegeschulen eine der wichtigsten Voraussetzungen.</p> <p>Die bestehenden Strukturen für einen relativ geringen Spareffekt zu gefährden oder zu beschädigen, wird nie die Zustimmung der Sozialdemokraten finden. Wir schließen uns der Argumentation der Liga der freien Wohlfahrtsverbände an und haben das Problem in dieser Woche erneut im Hessischen Landtag thematisiert und Verbesserungen gefordert.</p>

Eine Information von Brigitte Hofmeyer, MdL www.Hofmeyer-MdL.de